

lich macht. War es einst die Großmacht Oesterreich-Ungarn, die sich dem Panislawismus entgegenstellte, so hat heute Italien diese Rolle übernommen, dessen Interesse an der dauernden Trennung der Tscheko-Slowakei von Südslawien sich schon im Jahre 1921 fundiert, als es den von den beiden slawischen Staaten geplanten Korridor über Belgrad durch das Einziehen für den ungarischen Besitz Oedenburgs verhinderte. Die Vöden von Budapest nach Rom, insbesondere besteht seit langem eine gewisse Anlehnung Ungarns an die italienische Kultur, und diesem nicht abgeriffen. Und wenn Ungarn heute seiner Dinnigkeit zu Italien einen besonders schätzbaren Ausdruck gibt, dann hat es nicht nur den Vorteil für sich, daß es die rührigste Vormacht des Balkans für seine Interessen gewinnt, sondern zugleich auch Rumänien, das nichtslawische Mitglied der formell noch immer bestehenden Kleinen Entente, während im Untergrunde England seine fördernde Hand über der italienischen Balkanpolitik hält.

Das babouratische Erbe auf dem Balkan ist heute auf Italien übergegangen, das unermüdet und mit sichtbarstem Eifer an der Arbeit ist, im Gegensatz zu Frankreich seine Vormachtstellung auf dem Balkan auszubauen, um dort ein Ventil für seine überblühende Volkskraft, seine auf zu einem Mann einacverferten nationalen und wirtschaftlichen Energien zu finden. Der Albanienkonflikt hatte bereits die ganze Aufmerksamkeit offenbart, mit der Italien seine Pläne verfolgt, und die ungarisch-italienische Annäherung ist ein neuer Ausfluß auf dem bunten Schachbrett der Balkanpolitik. Lieber seine Auswirkung laun er die weitere Entwicklung ausfindig geben. Immerhin wird man aber die Belgrader Verhimmung über den Vertrag von Rom, in dem Südslawien einen weiteren sehr ersten Schritt zur Einfassung Südslawiens erblieht, nicht als ganz unbegründet ansehen müssen. Und auch Frankreich hat Anlaß genug, die Schaffung einer großen nationalen Einflüsse vom Schwarzen Meer über Rumänien und Ungarn bis zur Adria, die den Balkan vom Adriatischen Europa abriegelt, mit einigem Mißtrauen zu verfolgen. Es fragt sich nur, ob und inwieweit Graf Bethlen seine bisher schlicht zwischen den einzelnen Interessen lozierende Politik zugunsten eines Zusammengehens mit Italien aufzugeben hat. Man wird für den Augenblick jedenfalls nicht versagen dürfen, daß auch der Weg von Ungarn nach Aniene noch immer über südslawisches Gebiet führt, und daß Ungarn darum sein Interesse daran haben kann, sich Belgrad zum offenen Feinde zu machen. Graf Bethlen ist vorberand noch fast daran interessiert, die Vöden nach der verüblichen Dampfabst nicht abbrechen zu lassen, und die Belgrader Verhimmung, daß Ungarn seine Bestrebungen nach Wiederherstellung seines arabischen Gebietes in der italienisch-rumänischen Kombination nicht mehr nach der Seite Rumänien, sondern nach Südslawien verfolgen werde, dürfen dann zum mindesten in eine fernere Zukunft an verweisen sein.

Trotzdem verliert der ungarisch-italienische Vertrag nichts von seiner allgemein-politischen Bedeutung, insofern als er aus neue einen aufschreienden Einblick in die Ziele der italienischen Politik gewährt, die von bestimmendem Einfluß auf die weitere Entwicklung der Dinge auf dem Balkan und auch für die europäische Politik werden muß. Mag man es in England als wünschenswert und sogar in Frankreich vielleicht als angenehm empfinden, daß der italienische Ausdehnungsdrang von dem Kolonialgebiet am Mittelmeer abgezogen und auf den Balkan hingelenkt wird, so werden doch auf dem Balkan mit Südslawien französische Interessen in einer Weise getroffen, daß sich Frankreich kaum mit einem derartigen Preisgeverlust abfinden wird. Nichts kann daher über hinwegtauschen, daß sich die politischen Interessengruppen auf dem Balkan auf längere Sicht bedenklich ausprägen und daß auch die deutsche Politik davon nicht unberührt bleiben kann. Denn einmal muß eine fortschreitende Isolierung Südslawiens auch auf die tschechische Politik zurückwirken, die unter Beneß vergeblich versucht hat, die Kleine Entente als Ganzes mit Italien auszugleichen, und die nun unter Umständen zu einer Revision ihres Verhältnisses zu Deutschland gezwungen wird. Andererseits aber bildet Oesterreich ein noch offenes Stück in dem italienischen Einflussspiel vom Schwarzen Meer bis zur Adria, das gegen Frankreich abzuschießen Italien ein sehr großes Interesse haben muß. Der Anstich Oesterreichs an Deutschland, von Italien erst bekämpft, als es sich von Paris gegen Deutschland hegen ließ, kann dabei ein sehr starkes Interesse für Italien gewinnen, weil ein großes deutsches Reich bis zum Brenner einen festen Ball gegen französische Interventionsgelüste ausankeln Südslawien bilden kann, während das kleine Oesterreich jedem französischen Einmarsch offensteht. Es führen vielfache gemeinsame Interessen von Berlin nach Rom, die man bei und nach jeder Richtung hin pflanzen sollte, die man aber keineswegs sabotieren dürfte, wie es erst dieser Tage wieder leider geschehen ist, als Gerüchte von einem Ostersurlaub Dr. Stresemanns in Italien aufzutauchen. Denn unsere eingesehlichen Demokraten und Internationalisten befremden sich nicht, wenn sie von Mussolini oder Dortho-Ungarn hören. Man braucht nicht immer nur ängstlich nach Paris zu schielen. Vielmehr wird man in Paris umso eher ein Ohr für unsere Wünsche haben, je mehr man dort einzieht, daß es auch noch andere Wege für die deutsche Politik geben kann, als den über Paris. Auf jeden Fall aber haben wir alle Veranlassung, die Neugruppierung auf dem Balkan mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen, zumal Ungarns wiedergewonnener Weg ins Freie zugleich ein sehr reiches Beispiel dafür ist, daß die großen politischen Entwicklungen sich nach anderen Gesichtspunkten vollziehen, als nach den Formeln, die die Weltweisen von Versailles für die Einigkeit festlegen zu können glaubten.

Erklärungen Stresemanns zu seinen Konfordsreden.

Berlin, 6. April. Einem Vertreter der „Täglichen Rundschau“ gegenüber hat Reichsaussenminister Dr. Stresemann zum Vorwurf eines Umfalls in der Konfordatsfrage u. a. ausgeführt: Auf der Tagung des kulturpolitischen Ausschusses der Deutschen Volkspartei wurde von einem Teilnehmer schriftlich die Frage vorgelegt, ob es richtig sei, wie angeblich die „Frankfurter Zeitung“ sagte, daß ich aus außenpolitischen Gründen die Durchführung des Reichskonfordats wünsche. Nachdem weiter in der Verhandlung auch stark die prinzipielle Wegerschaft gegen jede Art von Konfordat zum Ausdruck kam, hielt ich mich verpflichtet, doch zu der am mich gerichteten Anfrage Stellung zu nehmen und habe die bekannten Ausführungen gemacht. Man kann aus diesen Darlegungen wirklich nicht folgern, daß sie mit meiner Rede am Dienstag im Widerspruch stehen. In der Reichstagsrede am Dienstag, in der angeblich mein „Umfall“ erfolgte, habe ich beinahe mit denselben Worten wie am Sonnabend denselben Gedankengang ausgedrückt. Ich habe also dreimal im gleichen Sinne davon gesprochen, daß die Vorgänge in den Ländern dem Reich Veranlassung geben können, auch seinerseits zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, und zwar im Sinne gewisser „Rahmenbedingungen“, die erforderlich sein können.

Die Reichstagsrede der Deutschen Volkspartei hat übrigens bereits im Jahre 1926 zu diesen Fragen Stellung genommen. Ob und wann diese Fragen aktuell werden, ist heute nicht zu sagen. Bisher haben keine Verhandlungen stattgefunden und es sind nur vorbereitende Arbeiten innerhalb der Ressorts geschehen, die auf Entschlüsse eines früheren Kabinetts Marx und des Kabinetts Dr. Luther zurückzuführen sind. (W. T. D.)

Seine Einseitigkeit ohne eingehende Untersuchung!

Eine Stellungnahme der „Nationalliberalen Korrespondenz“. Berlin, 6. April. Zu der Ablehnung des demokratischen Antrags zur Konfordatsfrage durch die Regierungsparteien schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“: Die Konfordatsfrage ist eine Frage von so weittragender Bedeutung, daß einer Beschlußfassung des Reichstages eine eingehende Beratung vorausgehen muß. Für eine solche Beratung fehlt aber zurzeit jegliche materielle Grundlage, da die Regierung bisher dem Reichstag keinerlei Aufklärung über den Stand der Vorarbeiten bzw. etwaiger von den Ländern schon geschlossener Verhandlungen gegeben hat. Es darf auch bezweifelt werden, ob die Reichsregierung ihrerseits über den Stand der Verhandlungen in den einzelnen Ländern ausreichend orientiert ist. Diese Situation ist natürlich auch den Demokraten bekannt. Wenn sie trotzdem ihren Antrag zur dritten Lesung eingebracht haben, dann war das nichts anderes als ein parteipolitisches Manöver.

Die sachliche Einstellung der Deutschen Volkspartei zur Konfordatsfrage wird selbstverständlich durch die Ablehnung des demokratischen Antrages in keiner Weise berührt. Sie ist gegeben durch die Forderung der uneingeschränkten Staatshoheit auf dem Gebiete der Schule, womit der Abschluß eines Konfordats, der auf das Schulgebiet übergreift, unvereinbar ist. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei hat diese Forderung in Uebereinstimmung mit den parlamentarischen Vertretungen der Partei im Reich und in den anderen Ländern schon im November 1925 klar und deutlich geteilt. Er hat sie in seiner letzten Tagung am 3. April erneut erhoben und befindet sich dabei in völliger Uebereinstimmung mit der Reichstagsfraktion, die den Gedanken der Staatshoheit gegen alle Widerstände verteidigen wird, falls tatsächlich der Versuch gemacht werden sollte, in den Konfordatsverhandlungen diese Staatshoheit in irgendeiner Weise einzuschränken. Das über gewisse Rahmenbestimmungen auch die Entscheidung des Reiches vorbehalten bleibt, entspricht dem Standpunkt, den Geheimrat Dr. Dahl im Antrage der Reichstagsfraktion schon am 17. Juni 1925 im Reichstag vertreten hat. In voller Uebereinstimmung hiermit stehen die seitigen Ausführungen des Ministers Dr. Stresemann, in denen er es für wünschenswert erklärt, daß über gewisse Rahmenbestimmungen das Reich die Entscheidung treffe. Gleichzeitig wird betont, daß die endgültige Stellungnahme in dieser Frage davon abhängig gemacht werden müsse, welcher Inhalt dafür in Aussicht genommen sei.

Italienisch = ungarische Freundslichkeiten.

Mussolinis Lob für Ungarn.

Rom, 6. April. In dem gestrigen Bankett, das Mussolini dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen gab, nahmen außer dem Grafen und der Gräfin Bethlen die Damen und Herren der ungarischen Gesandtschaft, der italienische Botschafter in Budapest, die italienischen Minister und Unterstaatssekretäre, sowie die Präsidenten des Senats und der Kammer teil. In seiner Begrüßungsrede betonte Mussolini die historischen Beziehungen, die beide Länder zur Zeit der Beatrice von Aragonien und des Königs Matthias Corvinus verbunden hatten und erinnerte an die ungarischen Freiheitskämpfer, die an Italiens Seite gekämpft hätten. Auch später habe Italien volles Verständnis für den nationalen Geist Ungarns gehabt. Seine fühle sich Italien geistig mit einem Volke verbunden, das seine alten Tugenden bewahrt und eine so hohe Lebensfähigkeit erreicht habe. Die Unterszeichnung des Freundschaftsvertrages besiegelte offiziell die alte traditionelle Freundschaft. Wenn über die ungarische Handels seinen freien Weg zum Meere wieder annehme, dann würden die wirtschaftlichen Beziehungen diese Freundschaft noch verstärken. Zum Schluß trank Mussolini auf das Wohl des Regenten Bethlen.

In seiner Dankrede führte Graf Bethlen aus, wie Italien unmittelbar nach dem Arzene Ungarn seinen Beistand gewährt und zu seiner wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung beigetragen habe. So habe es seine Freundschaft tätig bewiesen. Sein Aufenthalt in Italien, so fuhr Bethlen fort, habe ihn überzeugt von dem bewunderungswürdigen patriotischen Aufschwung, den Italien unter Führung Mussolinis genommen habe. Viele glühende Vaterlandsliebe, die jähre Arbeit, die moralische Disziplin des italienischen Volkes verdienen die uneingeschränkte Bewunderung der ganzen Welt und könnten jedem Volke vorbildlich sein. (T. U.)

Der Inhalt des Freundschaftsvertrages.

Rom, 6. April. Der italienisch-ungarische Freundschafts-, Ausgleichs- und Schiedsgerichtsvertrag gibt dem Wunsch der beiden Nationen nach freundschaftlichen Beziehungen zwischen

ihnen und nach Vereinfachung ihrer Bemühungen zur Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung Ausdruck. Er bestimmt, daß zwischen Italien und Ungarn immerwährende Freundschaft herrschen werde. Die beiden vertragschließenden Parteien verpflichten sich zum Gegenstand eines Ausgleichsverfahrens, und falls dies nicht zu einem Erfolg führen sollte, zum Gegenstand eines Schiedsgerichtsverfahrens. Streitigkeiten jeglicher Art zu machen, die zwischen ihnen aufzutreten sollten und in einer angemessenen Frist nicht auf diplomatischem Wege erledigt werden können. Die vertragschließenden Parteien werden, falls kein Ausgleich stattfindet, das Ersuchen stellen können, daß der Streitfall zum Gegenstand eines Schiedsgerichtsverfahrens gemacht wird, vorausgesetzt, daß es sich um einen Streitfall juristischer Art handelt. Die Modalitäten des Ausgleichs- und des Schiedsgerichtsverfahrens bilden den Gegenstand eines dem Vertrage angegliederten Zusatzprotokolls. Der Vertrag ist für zehn Jahre abgeschlossen. Wird er nicht ein Jahr vor Ablauf dieser Vertragsdauer gekündigt, so bleibt er weitere zehn Jahre in Kraft.

Rom, 6. April. Ministerpräsident Mussolini richtete an den Grafen Bethlen eine Note, in der er mitteilt, daß die italienische Regierung die in dem am 17. v. M. in Rom unterzeichneten Protokolle über den ungarischen Handelsverkehr in Trieste enthaltenen Schlussfolgerungen billige. Die technischen Sachverständigen beider Länder würden in kürzester Frist zusammenzutreten, um sich über die Einzelheiten zu verständigen.

Graf Bethlen beim König von Italien.

Rom, 6. April. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen wurde heute mittag im Quirinal vom König in Privataudiens empfangen, die etwa eine Stunde dauerte. Um 1 Uhr folgte Graf Bethlen einer Einladung des Königs zu einem Dinner in der Villa Savoia, an dem Mussolini, Grandi und der Unterstaatssekretär Graf Ruben Oederwary teilnahmen.

Chamberlain über seine Chinapolitik.

Große Debatte im Unterhaus.

London, 6. April. Im Unterhaus leitete Chamberlain auf eine Anfrage mit, die britische Regierung habe keinerlei Absicht, sich in den chinesischen Bürgerkrieg ziehen zu lassen, welche Gestalt er auch immer annehmen möge. Die Debatte wurde von Macdonald eingeleitet. Er erklärte u. a., die Entsendung der Smanahai-Streitkräfte habe die britischen Verhandlungsschwierigkeiten beträchtlich vermehrt und zweifellos Anlaß bezuglich der wirklichen Absicht der britischen Regierung verbreitet, wenn er selbst auch der Ansicht sei, daß dieser Anlaß grundlos sei.

Der konservative Mitglied Banker griff in seiner Rede unter dem Beifall der Regierungspartei Macdonald und die Arbeiterpartei scharf an. Die Arbeiterpartei glaube jedem ausländischen Revolutionär mehr als den offiziellen Beamten aller Nationen und zahlreichen Augenzeugen. Wenn es zu einer Katastrophe komme, so würden die Mitglieder der Arbeiterpartei die Hauptverantwortlichen sein. Der Arbeiterführer Bechallien warf Chamberlain vor, er habe die einlandfeindliche Stimmung verschärft und Frankreich zum erklärten Feinde Englands gemacht. Er habe Japan feindlich und Amerika kalt und argwöhnisch gemacht. Zum Schluß gab Bechallien der Hoffnung Ausdruck, daß entweder Chamberlain seine Haltung oder England seinen Außenminister ändern werde. Hieraus ergab

Chamberlain zum zweitenmal das Wort. Er betonte erneut die Bereitschaft Englands, mit einer chinesischen Regierung zu verhandeln, die den Ausländern dieselbe Sicherheit zu bieten bereit sei, wie alle anderen zivilisierten Länder. Aber angesichts einer Regierung, die ihre Truppen entweder nicht kontrollieren könne oder nicht wolle und die den Ausländern nichts nützen könne oder wolle, müsse England die nötigen Vorkehrungen treffen. Gegenüber den Erklärungen Bechalliens, daß der Minister andere Mächte entfremdet habe, erklärte Chamberlain, keines Glaubens seien die genannten Mächte in Uebereinstimmung sowohl darüber, daß Wiedererwartungen in China zu fordern seien, wie auch über die Bedingungen, in denen diese Wiedererwartungen gefordert werden sollen. Er könne keine nähere Erklärung abgeben, bevor das Abkommen endgültig sei. Er wolle nicht allzu zuversichtlich bleiben. Er

sei noch nicht vollkommen sicher, wie weitgehend die Uebereinstimmung sein werde und welche Mächte sich ihr anschließen würden. Alle Anzeichen wiesen jedoch darauf hin, daß auf jeden Fall zwischen Japan, den Vereinigten Staaten und England eine Uebereinkunft erzielt werden würde.

Chamberlain schloß: Ich erkenne an, daß die alten Verträge überholt sind, daß wir zu einem neuen System schreiten müssen, aber die Chinesen müssen es auch tun, und zwar gleichzeitig. Bevor wir aber diese Politik weiterbringen können, müssen wir wissen, was die Haltung der verantwortlichen chinesischen Autorität in bezug auf die in Ranking beantragten Verbreden sein wird. Die britische Regierung wird ihre Politik der Verständigung und Anpassung an die neuen Verhältnisse und Verhältnisse forschen. Sie ist jedoch nicht bereit, sich aus China herauszuziehen zu lassen und ihre Interessen aus Schanghai und von den landeinwärts gelegenen Orten zurückzuziehen und sie ist nicht bereit, sich so behandeln zu lassen, als ob sie kein Recht habe, auf ihrem Vertragsrecht zu bestehen. (Lauter Beifall auf der Regierungsbank.)

Kond George erklärte, Chamberlains Aufgabe sei tatsächlich eine der schwierigsten, die je auf die Schultern eines Außenministers gefallen. Weder er (Kond George) noch seine Freunde würden auch nur ein Wort sagen, was Chamberlains Schwierigkeiten vermehren könnte. Er habe allen Verträgen, daß Chamberlain beabsichtige, an der friedlichen Politik gegenüber China festzuhalten. (W. T. D.)

Schanghais Aktion gegen die Sowjets.

London, 6. April. Einer bisher noch nicht bestätigten Agentenmeldung aus Peking zufolge soll Schanghai die bei der in der Sowjetbotschaft unternommenen Razzia gefangen genommenen 50 chinesischen Frauen und Männer sofort haben hingerichtet lassen.

Die polizeiliche Durchsuchung erstreckte sich nur auf die Redaktionsräume der Sowjetgesellschaft, da die Vertreter der Mächte, mit deren Erlaubnis die Hausdurchsuchung erfolgte, nicht gestatteten, daß die Polizisten in das eigentliche Botschaftsgebäude eindringen. 16 Russen und 34 Chinesen wurden durch die Polizei aus der Botschaft entfernt und eine riesige Masse von Propagandamaterial usw. beschlagnahmt.

Das Pariser Handelsabkommen im Reichsrat

Gehten dem Ausschlußbeschluss angenommen. Berlin, 6. April. Der Reichsrat befaßte sich heute mit dem Gegenwurf über das Handelsabkommen vom 31. März d. J. zu dem vorläufigen Handelsabkommen und den wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich. Der Berichterstatter der Ausschüsse führte aus: Der Gegenwurf sieht vor die Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes um einen weiteren Monat für die Zeit von Ende Mai bis Ende Juni, und es sind gewisse Änderungen und Zusätze vereinbart, die über die bisherigen Vereinbarungen hinausgehen. Die Ausschüsse haben sich bei ihrer Abstimmung gegen das Abkommen erklärt. Der Vertreter der preussischen Regierung erklärte u. a.: Die preussische Regierung stimmt der Vorlage ab, aber nur unter schweren Bedenken. Diese Bedenken beziehen sich in erster Linie darauf, daß in dem vorläufigen Abkommen bereits die Weintrage angeschnitten worden ist und bezüglich des vereinbarten Weinfontingents auch bereits der volle Weinfontingentsatz an Frankreich gegeben ist. Die Bedenken der preussischen Regierung beziehen sich weiter darauf, daß das industrielle Kontingent, das von Frankreich an Deutschland angeteilt ist, nur eine niedrige Höhe habe, so daß ein volles Gleichgewicht zwischen den deutschen und französischen Kontingenten nicht als gewährleistet angesehen werden kann. Rameus des Reichsrates Sachse erklärte Graf Stolbenborff, Sachse stimmt der Vorlage zu trotz sehr erheblicher Bedenken wegen der Erhöhung des Weinfontingents.

Der hantische Vertreter erklärte, Bayern habe schwere Bedenken gegen das Provisorium und werde gegen das Provisorium stimmen, einmal wegen der Bewilligung eines Weinfontingents an Frankreich und sodann, weil die Gegenleistungen, die uns von Frankreich für das Einräumen des Weinfontingents gegeben worden sind, eine ganze Reihe von Industrien nicht berühren, die für Bayern von wesentlicher Bedeutung sind.

In namentlicher Abstimmung wurde die Vorlage mit 44:23 Stimmen entgegen dem Wunsch der Ausschüsse angenommen.

Unterhauseanfragen über den deutschen Meeresflot.

London, 6. April. Im Unterhaus richtete Wiscounth an den Minister des Meeres, Chamberlain, eine Anfrage, in der er erklärte, die deutschen Staatsausgaben für Munition betrügen, trotzdem die Ausrüstung des deutschen Meeres keine Lanks, keine Gasabblaufvorrichtungen und keine schwere Artillerie umfasse, das Doppelte der englischen Gesamtausgaben für Munition und Ausrüstungsküste. Ob die englische Regierung beabsichtige, diese Angelegenheit vor den Völkern und zu bringen? Chamberlain antwortete, es sei schwierig, einen zutreffenden Vergleich zwischen den verschiedenen Staatsposten für militärische Ausgaben in England und Deutschland aufzustellen, da die Gesichtspunkte weit auseinandergingen. Auf alle Fälle könne, falls nicht eine Verlesung des Versailles Vertrages vorliege, keine Rede von einer Anzuehung des Rüstungsbundes sein.

Berlin, 6. April. Bei der belgischen Gesandtschaft in Berlin übertrug Oberst Schmidt zum Militärattaché ernannt worden.